

geflachte wörtlich, „aber dieses System kann nicht von Gott sein.“ Er wird darauf vom Vorsitzenden erinnert, daß er einmal bereits gesagt habe: „Das kann nicht von Gott sein, das muß vom Satan sein.“ Das Republikanische System steigt drohend empor. Der Angeklagte wird deshalb in längerer Auseinandersetzung eingehend vom Vorsitzenden ins Gebet genommen, ob er damit das System oder die Obrigkeit gemeint habe. Aber der Bauer antwortet ernst: „Der Herr Richter, ich glaube ernstlich an eine göttliche Weltordnung — das habe ich in Schule und Haus gelernt —, aber das System von heute kann nicht von Gott sein!“ Der Vorsitzende hält ihm weiter vor, daß er gesagt haben sollte, man müsse dem Staat das Messer an die Gurgel legen. Aber der Bauer meint, das habe der Sozialdemokrat Scheidemann auch gesagt, und daß sei sogar im Kriege gewesen. Scheidemann freilich ist dieser Krassspruch besser bekommen. Er wurde Minister, Oberbürgermeister und schließlich Großkapitän. Ein anderer Angeklagter wußte zu berichten, daß die Behörde auf seine dringende Bitte um Steuerermäßigung für seinen am Rande des völligen Zusammenbruchs stehenden Hof ganze 10 Mark von der Steuer geschrien hat. Mußte dieser Mann, der einen seit 300 Jahren im Besitz seiner Familie befindlichen Hof entschwinden sah, eine derartige Steuerermäßigung nicht als offenen Hohn empfinden?

Vergegenwärtigt man sich alle diese Bilder aus dem Prozeß in Jechow, dann wird man es menschlich begreifen, wie diese ernsten und von Natur aus ruhigen bismarckischen

Breilbauern aus einem verhängnisvollen Schicksal heraus zu diesen Taten kommen mußten. Unabhängig von dem strafrechtlichen Urteil wurde in Jechow auch ein Urteil gesprochen, das sich gegen das heutige Steuersystem richtet. Man hat den gewiß fruchtbaren Boden Schleswig-Holsteins besonders hoch gehalten und dabei außer acht gelassen, daß die Bauernschaft dieser Gegenden in schwerer Desillusionierung steht. Die holsteinische Landwirtschaft gehört zu den intensiven Wirtschaften unseres Vaterlandes. Sie verwendet auf die Bodeneinheit besonders viel Arbeit und Kapital. Leider sind in dem schweren Kampfe, in dem die deutsche Landwirtschaft steht, diese Betriebe besonders benachteiligt. Denn die ausländische Konkurrenz arbeitet extensiv. Sie verwendet auf die Bodeneinheit wenig Kapital und Arbeit. So kommt es, daß besonders die intensiven deutschen Landwirtschaften am schwersten notleidend geworden sind. Und zu ihnen gehört die holsteinische Wirtschaft. Eine Anpassung an neue Konjunkturverhältnisse ist in der Landwirtschaft nicht von heute auf morgen möglich. Dafür sind Jahrzehnte erforderlich. Und hier muß der Staat seine Hilfe durch eine kluge Steuerpolitik leisten. Denn das wertvolle holsteinische Volkstum darf im deutschen Gesamtinteresse nicht untergehen. Es wird Aufgabe des Staates sein müssen, dem Bauern ein derartiges Maß von Zurechenbarkeit zu garantieren, wie er es zur Erfüllung seiner schweren Aufgabe braucht. Dieser Weg ist der einzige, um bedauerliche Vorgänge, wie sie sich zuerst in Kurig und nun in Jechow ereigneten, für die Zukunft zu verhüten.

Uns Licht mit den Klagen der Minderheiten

Ungarn verlangt mehr Öffentlichkeit des Verfahrens

Budapest, 16. April. Die ungarische Regierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes ein längeres Memorandum zur Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten überreicht. Die Denkschrift verweist auf die dem Völkerbunde hinsichtlich der nationalen Minderheiten obliegenden Verpflichtungen und setzt eine Reihe von Mängeln sowie Verbesserungsmöglichkeiten bei der Behandlung von Minderheitenfragen durch den Völkerbund auf. U. a. weist sie hin auf den

Mangel an Informationen über Tatsachen, denen Klagen von Minderheiten anzuhandeln liegen, und bezeichnet es als unmöglichen Zustand, daß bei der Verhandlung von Minderheitenpetitionen im Völkerbunde die klärenden Minderheiten nicht wenigstens informativ gehört werden kann. Die Denkschrift verlangt, daß die von den beklagten Staaten erteilten Antworten den Beschwerdeführern mitgeteilt werden. Weiterhin verlangt die Denkschrift

größere Öffentlichkeit des Verfahrens und systematische Publikation des beim Völkerbunde eingehenden Materials. Das Dreierkomitee, das sich zuletzt mit Minderheitenklagen beschäftigt, wäre derart zu ergänzen, daß sämtliche Mitglieder des Rates darin vertreten sind. Zum mindesten müsse es jedem beteiligten Mitglied des Rates, wenn es dies für notwendig hält, gestattet sein, an den Arbeiten des Komitees teilzunehmen. Schließlich verlangt die Denkschrift die Bildung einer Kommission aus angehenden, aber Sachkenntnisse verfügenden Persönlichkeiten als Sachverständigenkommission für Minderheitenfragen. Außerdem müsse Sicherheit dafür geschaffen werden, daß alle Minderheitenfragen, in denen es sich um Rechtsfragen handelt, vor den Dager Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht werden können.

Genf, 16. April. Die polnische Minderheitendenkschrift und die identischen Denkschriften der kleinen Entente sind heute dem Völkerbundsekretariat überreicht worden. Damit ist die Zahl der Denkschriften und Noten, die dem Ende April in London zusammenzutretenden Richterhofkomitee neben den bisherigen Dokumentationen des deutschen und des kanadischen Antrages als weiteres Beratungsmaterial dienen werden, auf 15 gestiegen. Nach dem nunmehr erfolgten Ablauf der Kräfte werden weitere Denkschriften nicht mehr erwartet. Eine Veröffentlichung vor der Beratung im Richterhofkomitee kommt nicht in Betracht. Immerhin vermute man, daß die Anmerkungen verschiedener Regierungen nicht den Charakter von Denkschriften, sondern von Noten haben. Auch die Äußerung des Schweizerischen Bundesrates ist in Form einer Note gehalten, in der, wie verlautet, auf den deutschen und den kanadischen Minderheitenantrag Bezug genommen und die volle Zustimmung zu der Absicht des Völkerbundes ausgedrückt wird, sich mit der Minderheitenfrage intensiver zu befassen. In der schweizerischen Note wird insbesondere der Ausbau der Mitarbeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag, die in den Minderheitenverträgen bekanntlich vorgesehen ist, befürwortet.

Der russische Handelsbelegierte aus der Schweiz ausgewiesen

Er wollte nicht der politischen Wahlarbeit entlagen

Bern, 16. April. Die Schweizerische Deputationenatur erklärt, daß Besuch des sowjetrussischen Staatsangehörigen David Kestler von der Handelsabteilung der Sowjetrussischen Botschaft in Paris, der sich zwecks Knüpfung von Handelsbeziehungen vorübergehend in der Schweiz aufhält, um Verlängerung seines Aufenthalts in der Schweiz von den Bundesbehörden abgewiesen worden, weil der Geschäftler sich geweigert hat, die von ihm verlangte schriftliche Zusicherung abzugeben, sich während des beabsichtigten Aufenthaltes in der Schweiz jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

Blühender Schmuggel in Oberschlesien

Kattowitz, 17. April. Nach Berichten der Grenzpolizei wurden in den letzten 3 Tagen 23 Schmuggler an der polnisch-deutschen Grenze in Oberschlesien festgenommen. Zwei Schmuggler wurden beim Nachverfolg durch Schweißschüsse schwer verletzt. Etwa für 3000 Pfd. Schmuggelware konnte beschlagnahmt werden. Außerdem wurden in mehreren Apotheken in Kattowitz Hausdurchsuchungen vorgenommen und für mehrere 1000 Pfd. Heilmittel beschlagnahmt, die in Polen verboten sind.

Ein polnischer Dr. Eisenbart

Warschau, 16. April. In einem Dorf bei Kattisch hat am Sonntag ein gemäßigter Bauer als angeblicher Tierarzt sein Wesen getrieben. Er erklärte dem Schulzen, daß er beauftragt sei, das Hornvieh und die Schweine gegen eine Gebühr von 1 Zloty je Stück zu impfen. Er nahm die Impfung dann auch an etwa 200 Tieren vor. Da im Dorfe die Grippe herrschte, hatten ihn viele Bauern um ein Mittel gegen diese Krankheit. Er erklärte sich sofort bereit, auch die Menschen gegen die Grippe zu impfen und benutzte dazu die gleiche Flüssigkeit. Die Folge davon war, daß am Montag acht Dorfbewohner außerordentlich schwer erkrankten und 45 Stück Vieh einquamen. Mehrere Aerzte und Veterinäre haben sich in das Dorf begeben, um die Menschen und Tiere zu retten. Der gefährliche Betrüger konnte noch nicht gefast werden.

Dr. Schacht um ein Memorandum gebeten

Man will deutsche Vorschläge herauslocken

Die Tribunkonferenz wieder am Ausgangspunkt

Paris, 16. April. Die heutige Nachmittagsvollziehung der Reparationskonferenz, die zwei Stunden währte, war, wie die Vormittagsitzung, der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit gewidmet.

Die Sachverständigen der reparationsberechtigten Länder haben den Standpunkt vertreten, daß die Zahlen des von ihnen überreichten Memorandums für die deutsche Wirtschaft tragbar seien.

In der hierüber eingehenden Aussprache suchte man die Ansicht zu begründen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat auf eine Reihe von Bedenken hingewiesen und ausdifferenziert, warum seiner Ansicht nach die in dem Memorandum enthaltenen Zahlen für die deutsche Wirtschaft nicht in Frage kämen. Die Verhandlung von heute nachmittag konzentrierte sich schließlich dahin, daß die deutschen Delegierten gebeten wurden, und sich hierzu auch bereit erklärten, für eine Vollziehung, die für Mittwoch nachmittags 3 Uhr anberaumt worden ist,

ein Memorandum einzureichen, das sich mit der gesamten Wirtschaftslage Deutschlands und den damit verbundenen Voraussetzungen befaßt.

In diesem Memorandum werden auch Zahlen enthalten sein. Es wurde jedoch deutscherseits ausdrücklich betont, daß es sich nicht etwa um einen deutschen Vorschlag handele.

Die Zahlen, die in dem Memorandum der Alliierten enthalten sind, sind im Verlaufe der heutigen Besprechung als „entsprechend den Erfordernissen ihrer Regierungen“ bezeichnet worden. Wollte man den Verlauf der heutigen Beratungen charakterisieren, so könnte man sagen: Die Reparationskonferenz ist an den Ausgangspunkt ihrer Diskussion

zurückgekehrt, da sie heute im wesentlichen die gleichen Probleme behandelte, die in der ersten Woche ihrer Tagung erörtert wurden.

Die Agentur Havas weiß noch zu melden, Dr. Schacht habe in der Nachmittagsitzung seine Einwände gegen die Anzahl der Annuitäten vorgebracht.

Amerikas Belastungskosten die höchsten

Es verzichtet nicht auf Rückzahlung

Paris, 16. April. Eine Pariser Nachrichtenagentur bringt eine Washingtoner Meldung, der zufolge das Staatsdepartement die Vorschläge Owen Youngs für eine etwaige Vergrößerung der amerikanischen Ansprüche bezüglich der Stundung der amerikanischen Belastungskosten im Absehlende beantragt. Die Antwort der Vereinigten Staaten, die das Ergebnis der Konferenz zwischen Hoover, Stimson, Mellon und Mills ist, sei verneinend. Stimson ließ nach der Konferenz, von Kraoon bedrängt, durchblicken, Amerika könne die Pariser Vorschläge nicht günstig aufnehmen, da die Vereinigten Staaten bisher im Verhältnis weniger von den Summen erhalten hätten, die Deutschland für die Belastungskosten schulde, als die Alliierten. Andererseits erklärt man, der Agentur zufolge, die Vereinigten Staaten seien in einer wenig beneidenswerten Lage, da sie gegenüber Deutschland nicht die gleiche Stellung hätten, wie die Alliierten durch den Dawesplan innehaben. Man versichere auch, wenn sich die Alliierten mit den Vereinigten Staaten über einen Verzicht auf die Belastungsausgaben verständigten, würde die Washingtoner Regierung dabei viel mehr verlieren, als die Alliierten, da die Vereinigten Staaten 27 Millionen Dollar ersparen müßten, während Großbritannien und Frankreich zusammen nur auf etwa 68 Millionen verzichten würden.

Botschaft Hoovers an den Kongress

Für Erhöhung der Einwanderungsquoten

Washington, 16. April. Vor beiden Häusern des Kongresses wurde heute die Botschaft des Präsidenten Hoover verlesen, die die Aufgaben der getrennt eröffneten Sondertagung umreißt. Besonders interessant für Deutschland ist die Stelle seiner Botschaft, in der er die Aufhebung der neu festgesetzten Einwanderungsquoten empfiehlt. Hoover erwähnte diese Frage unter dem Kapitel der dringlichen Notlagegebung. Er sagt dort, er empfehle die Aufhebung der neuen Quoten als im Interesse der Nation liegend. Ob sich damit die Aussichten auf eine Außerkräftigung der neuen, für Deutschland so nachteiligen Einwanderungsquoten und auf Wiederinfraktion der bisher gültigen Quote verbessern, steht zurzeit allerdings noch dahin. Ferner befürwortete Hoover eine gewisse Lockerung auf infanzibische Farmerquoten, sofern ihre Produktionskosten hier teurer als im Ausland sind. Im übrigen solle der Zolltarif nur bezüglich der Industrien geändert werden, die in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen sind und in denen dadurch Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Im Zolltarifgesetz müsse eine neue Methode für die Wertberechnung gefunden werden, da die Veruche, die ausländischen Preise bei ausländischen Fabrikanten festzustellen, nicht sehr erfolgreich gewesen seien. Die Hilfe für die Farmer und Tarifrevision stellten das Programm der Sondertagung dar.

Französische Mittelmeermandöver

Paris, 16. April. Demnächst werden an der französischen Mittelmeerküste, wie das „Echo de Paris“ aus Toulon berichtet, bedeutende kombinierte Mandöver von Luftstreitkräften des Mittelmeergeschwaders und des 15. in Südfrankreich liegenden Armeekorps stattfinden. Gegenstand der Mandöver ist die Verteidigung der Mittelmeerküste. Die Offiziere der Kriegsakademie werden den Mandövern betwohnen.

Französische Schutzmaßnahmen gegen die Pest

London, 16. April. Die französische Regierung hat sich durch die Forderung in England, die durch einen aus Indien kommenden Dampfer eingeschleppt wurden, veranlaßt gesehen, besondere Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Krankheit nach Frankreich zu treffen. Von morgen ab müssen alle aus England einreisenden Schiffspassagiere den französischen Gesundheitsbehörden ihren Namen und ihre Anschrift mitteilen und ein Zeugnis beibringen, daß sie innerhalb der vorangegangenen zwei Monate erkrankungsfrei geblieben bzw. wiedergelimpft worden sind. Bei Nichterfüllung dieser Bedingung wird den Betreffenden die Landung in Frankreich verweigert. Wie Reuters erklärt, sind von englischer Seite Bemühungen in die Wege geleitet worden, um eine Änderung dieser Bestimmung oder eine Verchiebung des Infrazustehens zu erreichen.

Churchills Schuldenabkommen mit Frankreich verurteilt

London, 16. April. Im Unterhause wurde heute die allgemeine Debatte über das gekürzte Budget wieder aufgenommen. Der Arbeiterpartei-er Snowden erklärte die Aufnahme, die das Budget im Lande und in der konservativen Presse gefunden habe, sei von der sehr verschieden, die es von den Regierungsanhängern im Unterhause erfahren habe. Snowden kritisierte scharf die Regelung, die Großbritannien mit seinen Schuldnern auf dem Kontinent getroffen hat, und sagte, niemals sei eine so skandalöse Transaktion von einem britischen Minister durchgeführt worden. Frankreich hat, so tief er, vier Fünftel seiner Schuld nicht anerkannt.

Ohne britische Hilfe an Geld und Menschen wäre Frankreich heute nicht ein unabhängiges Land.

Wahrscheinlich der schlimmste Punkt in dem Abkommen, das Churchill abgeschlossen habe, sei, daß, wenn Großbritannien je von diesen Annuitäten und den deutschen Reparationen mehr erhalte, als seine Zahlungen an die Vereinigten Staaten betragen, es dann die Höhe der Annuitäten, die es von seinen kontinentalen Schuldnern erhalte, vermindern müsse. Snowden bezeichnete in diesem Zusammenhang die Balfournote für schändlich, was Churchill zu wiederholten Zwischenfragen und Erklärungen veranlaßte.

Churchill bezeichnete es als sehr gefährlich, wenn Snowden, der erwarde, in der Zukunft ein hohes Regierungsamt zu bekleiden, derartige über Abmachungen sage, die zwischen England und auswärtigen Ländern abgeschlossen worden seien, was Zahlungen gefährden könne, die jetzt erfolgen, und auf die England dieses Jahr rechnet. Snowden wies den Gedanken zurück, daß alles, was von der jetzigen britischen Regierung unternommen wird, jede andere Partei verpflöchte. Das konservative Mitglied Sir Robert Forne, der ebenso wie Snowden früherer Schatzkanzler war, befaßte sich u. a. mit den herabgesetzten Ausgaben für Rückzahlungszwecke. Er sagte,

England habe als einziges Land in der Welt in den letzten Jahren seine Heeresausgaben vermindert.

Nur keine zu großen Zugeständnisse

Dr. Kramarich über das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen

Prag, 16. April. Nach einer Meldung der „Karoliner“ hielt Dr. Kramarich auf dem Kongreß der Nationaldemokratischen Partei eine Rede, in der er auf das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen zu sprechen kam und u. a. ausführte: Nicht einmal die entschledenen Radikalen können leugnen, daß es zurzeit unserem Staate nicht um Schaden gerecht, wenn die Deutschen nicht behaupten können, daß sie in der Tschecho-Slowakei unterdrückt werden. Wenn auch den Deutschen insoweit gewisse Konzessionen als natürliche Folge ihrer Loyalität gemacht werden müssen, dürfen wir hierbei nicht über die Grenzen gehen, die für uns unübersteigbar sind und die für uns bedeuten: Die Aufrechterhaltung eines Nationalstaates mit unseren Sprachengesetzten.

In unserer ganzen Politik den Deutschen gegenüber muß der Grundabstand gelten, ihnen keine unüberlegten und leichtfertigen Versprechungen zu geben und ihnen nur das zuzugestehen, was wir mit Rücksicht auf unsere nationalen Staat geben können. Der einzige Weg zur Erhaltung der tschechisch-deutschen Koalition ist gegenseitige Loyalität. Der Bestand der tschechisch-deutsche

Regierung und Koalition wäre nur dann eine Katastrophe, wenn die tschecho-slowakischen Parteien vergessen würden, daß sie angesichts der tschechisch-deutschen Koalition noch immer wie bisher den nationalen Charakter der Tschecho-Slowakei wahren müssen.

Gefängnis für einen Rotfronthelden

Berlin, 16. April. Von der 2. Strafkammer des Landgerichts II unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zand wurde am Dienstag die Berufung, die ein Mitglied des Rotfrontkämpferbundes gegen seine Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis wegen Teilnahme an Gewalttätigkeiten gegen einen Reichswehrsoldaten eingelegt hatte, verworfen. Ein wegen des gleichen Vorfalls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilter Rotfrontmann wurde trotz des Vorliegens dringender Verdachtsgründe freigesprochen.

